

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### **Strenge Sanktionen gegen Russland und Belarus im Agrarbereich einführen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit über zwei Jahren führt Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Gründe für die Durchhaltefähigkeit Russlands sind vielfältig. Russland ist es aber gelungen, trotz zahlreicher Sanktionen seine militärisch-industrielle Produktion auszubauen und hochzufahren. Dies gelingt auch dadurch, dass russische Agrarexporte viele Milliarden Euro in die Kriegskasse Putins spülen. Die Agrarsupermacht Russland nutzt seine Exporte, insbesondere mit Getreide, gezielt, um Abhängigkeiten zu schaffen und um wichtige Devisen für die Produktion von Kriegsgütern zu erwirtschaften. Auch die Europäische Union ist weiterhin ein Abnehmer russischer Agrargüter. Nach Schätzungen haben sich allein die russischen Weizenimporte in der Saison 2023/2024 auf rund 700.000 Tonnen verdoppelt.

Laut Medienberichten belaufen sich die russischen Agrarexporte in die EU auf über 2 Milliarden Euro. Die EU-Kommission plant daher erste Sanktionspakete gegen die Einfuhr von Getreide und Ölsaaten aus Russland und Belarus. So sollen die europäischen Zölle und Gebühren gegen diese Produkte erhöht werden (vgl. [www.topagrar.com/management-und-politik/news/eu-kommission-soll-sanktionen-fuer-getreide-aus-russland-und-weissrussland-planen-20001523.html](http://www.topagrar.com/management-und-politik/news/eu-kommission-soll-sanktionen-fuer-getreide-aus-russland-und-weissrussland-planen-20001523.html)).

Aus Sicht der Antragsteller ist dies ein erster richtiger Schritt. Gleichwohl sollten die Sanktionen gegen Russland und Belarus erweitert und sollte ein vollumfängliches und scharfes Importverbot auf alle russischen und belarussischen Agrarprodukte eingeführt werden. Dies gilt umso mehr, da Russland seit seiner Invasion laut Berichten in den derzeit von Russland besetzten ukrainischen Gebieten gezielt Getreide raubt und auf dem Weltmarkt verkauft. Die Herkunft des Getreides wird dabei verschleiert und so die Überprüfung der Legalität deutlich erschwert (vgl. [www.nzz.ch/wirtschaft/vivalon-2-ld.1814150](http://www.nzz.ch/wirtschaft/vivalon-2-ld.1814150)). Das Ziel der Bundesregierung und der Europäischen Union muss daher sein, die Exporte von russischen Agrargütern in die EU vollumfänglich zum Erliegen zu bringen, um weitere Geldflüsse in die russische Kriegswirtschaft abzuschneiden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf EU-Ebene für ein vollumfängliches Importverbot auf alle Agrargüter, Düngemittel und Lebensmittel aus Russland und Belarus einzusetzen;
2. parallel dazu alle Vorkehrungen zu treffen, um noch bis Sommer 2024 auf nationaler Ebene, unter anderem nach dem Vorbild Lettlands, ein Importverbot auf

alle Agrargüter, Düngemittel und Lebensmittel aus Russland und Belarus einzuführen, sofern es auf EU-Ebene absehbar wird, dass keine Einigung zustande kommt;

3. andere Staaten der Europäischen Union sowie Drittländer, wie beispielsweise das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika oder Kanada, die grundsätzlich nicht auf Agrarimporte aus Russland und Belarus angewiesen sind, zu ermutigen, sich diesen Sanktionen anzuschließen;
4. gemeinsam mit der EU eine weitere Sanktionsliste für den Export von möglichen Gütern des Agribusiness aus der EU zu erarbeiten und zu beschließen, die beispielsweise Produkte der Landtechnik umfasst, die Russland gezielt nutzt, um in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine Getreide und andere Agrargüter zu rauben;
5. gemeinsam mit der EU und anderen Staaten gezielt gegen den Schmuggel geraubten Getreides aus der Ukraine vorzugehen;
6. eine Informationskampagne gemeinsam mit der Europäischen Union zu initiieren, um der gezielten russischen Desinformation und Propaganda über die vermeintlich negative Beschaffenheit ukrainischen Getreides, die tatsächlichen Hintergründe der volatilen Getreidepreise und des Welthungers entgegenzuwirken, und dabei auch auf die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Welle als Multiplikatoren zurückzugreifen.

Berlin, den 23. April 2024

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**